

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände
der Freien Wohlfahrtspflege
des Landes Nordrhein-Westfalen

Pressestelle

c/o Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Loher Straße 7, 42283 Wuppertal
Telefon: (0202) 28 22 - 438
Telefax: (0202) 28 22 - 428
E-Mail: presse@freiewohlfahrtspflege-nrw.de
V.i.S.d.P.: Susanne Meimberg, Pressesprecherin

An die Medien in NRW

16. Juli 2012

Pressemitteilung

Mehr Plätze im Bundesfreiwilligendienst gefordert Wohlfahrtsverbände begrüßen Bundesratsinitiative der Landesregierung NRW

Düsseldorf / Wuppertal, 16.7.2012. Die Wohlfahrtsverbände in NRW begrüßen die Forderung der Landesregierung nach mehr Plätzen im Bundesfreiwilligendienst (BFD) und unterstützen die entsprechende Bundesratsinitiative für den Ausbau des vom Bund finanzierten Dienstes.

In NRW leisten derzeit rund 9.000 Frauen und Männer einen Bundesfreiwilligendienst, zum größten Teil in einer der Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände. Zusammen mit den Jugendfreiwilligendiensten engagieren sich damit erstmalig bundesweit mehr als 80.000 Menschen in einem Freiwilligendienst. „Die Ausweitung dieser besonderen Form des bürgerschaftlichen Engagements ist Ausdruck gelebter Bürgerbeteiligung und ein positiver Impuls für unsere Gesellschaft, den es zu stärken gilt“, sagt Hermann Zaum, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW.

Umso bedauerlicher sei es, dass gegenwärtig aufgrund der bestehenden Kontingentierung nicht allen Interessentinnen und Interessenten auch ein BFD-Platz angeboten werden kann und Einsatzstellen, die zuvor mit Zivildienstleistenden zusammenarbeiten konnten, mitunter auch leer ausgehen. Insbesondere mit Blick auf die doppelten Abiturjahrgänge im nächsten Jahr und die damit voraussichtlich erneut steigenden Nachfrage, gelte es die Anzahl der vom Bund finanzierten BFD-Plätze zu erhöhen.

Die Wohlfahrtsverbände haben sich von Beginn an für die Verbesserung der Rahmenbedingungen im BFD und für Freiwillige insgesamt eingesetzt. Die aktuelle Forderung der Landesregierung nach mehr Qualität in den Freiwilligendiensten unterstützen die Wohlfahrtsverbände daher ebenfalls. Dazu Helga Siemens-Weibring, Vorsitzende des zuständigen Arbeitsausschusses der Freien Wohlfahrtspflege: „Um den Bundesfreiwilligendienst langfristig zum Erfolg zu führen, ist es notwendig, dass der Bund die Qualität des Formates weiter stärkt, zum Beispiel durch die Einführung von Mindeststandards in der pädagogischen Begleitung, orientiert am bewährten Freiwilligen Sozialen Jahr.“

Gemeinsam für ein soziales Nordrhein-Westfalen

